

**Kooperationsvereinbarung
zwischen der Dienststelle
Vormundschaften/Pflegschaften
und den Beratungszentren
Jugend und Familie**

In Kraft getreten am: 1. Mai 2014



Landeshauptstadt
Stuttgart
Jugendamt

Diese Kooperationsvereinbarung wurde erarbeitet unter Mitwirkung von:

Margit Fox-Rappold	51-00-22
Andrea Harzer	51-00-22
Christian Heck	51-00-22
Peter Nied	51-00-22
Bernd Giebeler	51-01-34
Frederik Finkbeiner	51-02-34
Regine Maier	51-08-34
Beate Rose	51-05-34
Reinhard Mendrzick	51-00-1QQ

Inhaltsverzeichnis

VORBEMERKUNG	4
I. ALLGEMEINES	4
1. Haltung in der Kooperation	4
2. Ziele der Zusammenarbeit.....	4
3. Aufgaben in der Kooperation.....	4
3.1 Aufgaben des Beratungszentrums (BZ).....	4
3.2 Aufgaben des Sachgebiets Vormündervorschläge (VV)	5
3.3 Aufgaben des Sachgebiets Vormünderakquise (VA)	5
3.4 Aufgaben des Amtsvormunds	5
4. Rollenverteilung	6
II. DIE HILFEPLANUNG	7
III. FAMILIENGERICHTLICHE VERFAHREN IN KINDSCHAFTSSACHEN	7
1. Allgemeines.....	7
2. Erörterung der Kindeswohlgefährdung gemäß § 157 FamFG (Verfahren gemäß § 1666 BGB).....	8
3. Umgangsverfahren	8
4. Herausgabeverfahren	8
4.1 Kooperation bei Zwangsvollstreckung der Herausgabe	8
4.2 Nachrangige Inobhutnahme.....	8
5. Verfahren zur geschlossenen Unterbringung.....	9
IV. KINDERSCHUTZ	9
1. Kooperation im Vorfeld einer Amtsvormundschaft.....	9
2. Beteiligung des Mündels an der Auswahl des Amtsvormunds.	10
3. Abwendung einer Kindeswohlgefährdung während einer bestellten Amtsvormundschaft.....	10
4. Abwendung einer Kindeswohlgefährdung während einer gesetzlichen Amtsvormundschaft oder einer bestellten Ampsflugschaft.....	11
V. DIENSTANWEISUNG	11

Vorbemerkung

Die Kooperationsvereinbarung aus dem Jahr 2005 war bereits mit der Intention einer Überarbeitung versehen.

Von der Abteilungsleitung wurde eine neue Arbeitsgruppe beauftragt, diese Überarbeitung zu erstellen.

Die Dienste Beistandschaft einerseits und Vormundschaft/Pflegschaft andererseits wurden im April 2010 getrennt. Sie werden seither als jeweils eigene Dienststelle geführt.

Das Aufgabenfeld des Allgemeinen Sozialdienstes ist inzwischen in den Beratungszentren integriert.

Aufgrund dieser Strukturänderungen, neuer gesetzlicher Bestimmungen im Bereich des Vormundschaftsrechts im Jahr 2011, sowie der Fortentwicklung der Bearbeitung von Kinderschutzsachen, war die Kooperationsvereinbarung aus dem Jahr 2005 zu überarbeiten.

Wenn im Folgenden vom Amtsvormund oder Vormund die Rede ist, gilt dies auch für die weibliche Form (Amtsvormundin oder Vormundin).

Die folgenden Vereinbarungen sind das Ergebnis der Arbeitsgruppe und gleichzeitig die ab 1. Mai 2014 gültige Kooperationsvereinbarung.

I. Allgemeines

1. Haltung in der Kooperation

Die Kooperationspartner haben das Wohl des Kindes im Zentrum ihres Handelns. Gleichzeitig sehen sie das Kind in und mit seiner familiären und sozialen Herkunft und haben im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgabenerfüllung die sozialen Belange der Beteiligten zu berücksichtigen. Wenn möglich sollen Mutter und Vater so gestärkt werden, dass sie (wieder) Verantwortung für ihr Kind übernehmen können.

Im Hinblick auf das Kindeswohl respektieren alle an der Kooperation Beteiligten die Rolle, Aufgaben und Fachlichkeit des jeweils anderen.

Die Kooperationspartner streben einvernehmliche Lösungen an. Sie lassen sich in jedem Einzelfall auf einen ergebnisoffenen Verständigungsprozess ein.

Die Kinder, Jugendlichen und ihre Eltern werden angemessen beteiligt.

2. Ziele der Zusammenarbeit

- Regelmäßige Kontakte zwischen den Arbeitsbereichen.
- Informationsflüsse und Absprachen sind gewährleistet.
- Klare Entscheidungsstrukturen, Regelungen von Abläufen und Fallzuständigkeiten.

3. Aufgaben in der Kooperation

3.1 Aufgaben des Beratungszentrums (BZ)

- Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung (gem. § 8a SGB VIII)

- Anhörung des Mündels vor Übertragung der Aufgaben auf den Amtsvormund (gem. § 55 Abs. 2 SGB VIII)
- Beratung vor Hilfe zur Erziehung und Beratung im Rahmen der Hilfe zur Erziehung und andere Jugendhilfeleistungen, Verantwortung für die Hilfeplanung (gem. § 36 SGB VIII)
- Beratung im Rahmen der Wirtschaftlichen Jugendhilfe (Aufklärung, Beratung, Auskunft und Hinwirkung auf Antragstellung gem. §§ 13 - 16 SGB I)
- Beratung im Kontext der Jugendhilfe im Strafverfahren (gem. § 52 SGB VIII)
- Beratung und Unterstützung bei der Ausübung und Gestaltung der elterlichen Sorge (§ 16 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII)
- Beratung aller Beteiligten bei der Ausübung des Umgangsrechts (§ 18 Abs. 3 SGB VIII)
- Mitwirkung an der Herausgabe eines Kindes an den Vormund im Vollstreckungswege (§ 50 SGB VIII i.V.m. § 88 Abs. 2 FamFG)
- Nach Kindesentführung/Kindesentziehung in Kooperation mit dem Amtsvormund: Verbringung des Kindes in eine geeignete Einrichtung (siehe auch 3.3)
- Schaffung der Voraussetzung für eine Abänderung der gerichtlichen Entscheidung nach § 1696 (2) BGB.

3.2 Aufgaben des Sachgebiets Vormündervorschläge (VV)

- Prüfung der Eignung, Einholen und Berücksichtigung von Informationen des BZ und anderer Stellen und Personen über als Vormund in Frage kommende Personen aus Familie und Umfeld (zur Vorbereitung von Vorschlägen an das Familiengericht).
- Vorschlag mit Begründung an das Familiengericht (§ 53 Abs. 1 SGB VIII)
- Jährliche Überprüfung auf Entlassung des Amtsvormundes und Anregung an das Familiengericht, Einzelvormünder neu einzusetzen (§ 56 Abs. 4 SGB VIII)
- Koordination aller mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) befassten städtischen Dienste und Veranlassung der Bestellung eines Vormundes für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (§ 42 Abs. 3 Satz 4 SGB VIII).
(Siehe: „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge/verbindliche Verfahrensschritte“)

3.3 Aufgaben des Sachgebiets Vormünderakquise (VA)

- Gewinnung potenzieller Einzelvormünder, z.B. durch die Durchführung eines Familienrats
- Information potenzieller Einzelvormünder
- Weitere Kooperationsthemen können sich im Laufe der Zeit noch entwickeln

3.4 Aufgaben des Amtsvormunds

(Bei Amtspflegschaften sind die nachstehenden Aufgaben auf ihren familiengerichtlich bestimmten Wirkungskreis beschränkt.)

- Gesetzliche Vertretung der Kinder und Jugendlichen (anstelle der Eltern), insbesondere persönlichen Kontakt halten und die Pflege und Erziehung des Kindes/Jugendlichen persönlich fördern und gewährleisten (gem. § 55 Abs. 3 SGB VIII), Mitwirkung bei Hilfeplänen/Kontrakten (gem. § 36 SGB VIII), Handeln im wohlverstandenen Interesse des Mündels, eigenständige Führung der Amtsvormundschaft gem. § 56 SGB VIII (zivilrechtliche Grundlage, relative Weisungsfreiheit, Rechtsaufsicht des Familiengerichts)

- Für die Person des Mündels, insbesondere für seine Erziehung und Pflege, sorgen durch sorgerechtliche Entscheidungen in allen Angelegenheiten von erheblicher Bedeutung, u.a.
 - Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthalts
 - Einwilligung in Operationen, Impfungen, Einnahme von Psychopharmaka, Vollnarkosen, Schwangerschaftsabbruch
 - Bestimmung der Umgangskontakte
 - Beteiligung als gesetzlicher Vertreter im familiengerichtlichen Verfahren
 - Antrag auf Genehmigung freiheitsentziehender Maßnahmen beim Familiengericht und Entscheidung über einen etwaigen Verzicht auf genehmigte Maßnahmen
 - Antrag und Geltendmachung von Rechtsansprüchen (auch Jugendhilfe!)
 - Antrag beim Familiengericht auf Rückholung nach Kindesentführung/ Kindesentziehung
 - Geltendmachung und Durchsetzung des Anspruchs auf Herausgabe des Kindes
 - Nach Kindesentführung/Kindesentziehung in Kooperation mit dem BZ: Verbringung des Kindes in eine geeignete Einrichtung (siehe auch 3.1)

4. Rollenverteilung

Die Vormundschaft führende Fachkraft ist der gesetzliche Vertreter des Kindes. Die pädagogische Fachkraft des BZ vertritt das Jugendamt als Leistungsträger und Inhaber des Schutzauftrages nach § 8a SGB VIII.

Die Amtsvormundschaft ist dem Elternrecht angeglichen und deckt die entsprechenden Inhalte ab. Bei allen Fragen, Themenbereichen und Tätigkeiten, bei denen in der Regel die Eltern gehört und hinzugezogen werden, ist anstelle der Eltern der Amtsvormund zu informieren und zu beteiligen. Der Amtsvormund ist ausschließlich dem Wohl des Mündels und den gesetzlichen Vorschriften verpflichtet. Er hält von sich aus Kontakt zu seinem Mündel und weiteren Beteiligten (wie z.B. Schule, Heim, Pflegeeltern), um seine Aufgabe im Interesse des Kindes/Pfleglings auszuüben.

Die Amtspflegschaft umfasst einen oder mehrere Wirkungskreise aus der gesamten Bandbreite der elterlichen Sorge. Sie ist bei den Fällen anzuordnen, in denen ein Fürsorgebedürfnis nicht allgemein, sondern nur für bestimmte personen- und sachbezogene Angelegenheiten besteht. Der Amtspfleger übt die gesetzliche Vertretung des Kindes oder Jugendlichen somit immer nur für einen klar umrissenen Wirkungskreis aus. Wie der Amtsvormund ist auch der Amtspfleger vor allem dem Wohl des Mündels und dem Gesetz verpflichtet.

Das BZ erarbeitet ein Hilfe- und Schutzkonzept und sorgt für die gemeinsame Verantwortung aller relevanten Akteure im Umfeld des Kindes (s. Kapitel II, Die Hilfeplanung). In familiengerichtlichen Verfahren hat es die Mitwirkungsaufgabe inne gem. § 8 a Abs.2 und § 50 SGB VIII.

II. Die Hilfeplanung

Das BZ bietet Familien, Kindern, Müttern und Vätern personenbezogene Leistungen wie Beratung, Unterstützung, Hilfe zur Erziehung an. Außerdem nimmt es den Schutzauftrag des Jugendamtes wahr, wenn der Kinderschutz nicht gewährleistet ist.

Das BZ informiert und berät den Amtsvormund und die Eltern oder den Amtspfleger und Eltern über die Hilfemöglichkeiten im Rahmen der Hilfe zur Erziehung gem. §§ 27 ff SGB VIII. Es stellt den sozialpädagogischen Bedarf fest und entscheidet, welche Hilfe notwendig und am besten geeignet ist. Dabei beachtet es das Wunsch- und Wahlrecht des Leistungsberechtigten, § 5 SGB VIII, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, § 8 SGB VIII, und § 9 SGB VIII Grundrichtung der Erziehung, Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen.

Ist der sozialpädagogische Bedarf durch das BZ festgestellt, leitet es das fachliche Verfahren nach der „Rahmenvereinbarung zur Hilfeplanung und Leistungserbringung der Hilfen zur Erziehung in Stuttgart“ ein.

III. Familiengerichtliche Verfahren in Kindschaftssachen

1. Allgemeines

In familiengerichtlichen Verfahren in Kindschaftssachen, in denen sowohl BZ als auch Amtsvormund auftreten, haben diese unterschiedliche Rollen.

Sie sollen vor Gericht mit abgestimmten Positionen auftreten.

Bei unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten ist vorab das amtsinterne Dissensverfahren durchzuführen (Klärungsgespräch zu viert – mit beiden Mitarbeitern und Leitungen, falls erforderlich wird zusätzlich die Abteilungsleitung beteiligt).

Das BZ vertritt vor dem Familiengericht „das Jugendamt“ (als Leistungsträger der Jugendhilfe) und hat im Rahmen der Mitwirkung des Jugendamtes gem. § 50 SGB VIII das Familiengericht zu unterstützen. Insbesondere hat es das Familiengericht über angebotene und erbrachte Leistungen zu unterrichten, erzieherische und soziale Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes einzubringen und weitere Hilfemöglichkeiten darzustellen.

Der Amtsvormund ist zur Wahrnehmung der Mündelinteressen verpflichtet. Als gesetzlicher Vertreter des beteiligten Kindes im Verfahren sorgt er dafür, dass gerichtliche Entscheidungen getroffen werden, die dem Kindeswohl und möglichst dem Interesse des Kindes entsprechen.

Die Mitwirkung bzw. Beteiligung in familiengerichtlichen Verfahren und die Teilnahme an Terminen sind gesetzlich geregelt und nicht zwischen dem Vormund und BZ verhandelbar. Eine gegenseitige Vertretung in familiengerichtlichen Verfahren ist ausgeschlossen.

Wenn durch eine gerichtliche Entscheidung der Kinderschutz nicht hinreichend gewährleistet ist, dann haben sowohl die Fachkraft des BZ (Schutzauftrag) als auch der Vormund im Rahmen seiner Gewährleistungspflicht, die erforderlichen Rechtsmittel einzulegen.

2. Erörterung der Kindeswohlgefährdung gemäß § 157 FamFG (Verfahren gemäß § 1666 BGB)

Besonderheit: In Verfahren nach § 1666 BGB nimmt das BZ seine Mitwirkung stets in der Rechtsstellung eines formell Beteiligten wahr (Pflichtbeteiligung im Unterschied zur sonst üblichen Wahlbeteiligung).

Im Übrigen siehe Kapitel IV, Kinderschutz.

3. Umgangsverfahren

Den Umgang bestimmt der Amtsvormund im Rahmen der Sorgerechtsausübung. Dabei lässt er sich von den pädagogischen Fachkräften des Beratungszentrums beraten.

Wenden sich z.B. die leiblichen Eltern oder Pflegeeltern durch die Anrufung des Familiengerichts gegen seine Entscheidung, so vertritt der Amtsvormund vor dem Familiengericht das Kind.

Das BZ als „das Jugendamt“ wirkt wie oben beschrieben am Verfahren mit und unterstützt so das Familiengericht bei der Entscheidungsfindung.

Das BZ ist außerhalb des Verfahrens zudem Mittler zwischen den Beteiligten der Jugendhilfe (Einrichtung oder Pflegefamilie) und dem Vormund.

4. Herausgabeverfahren

Soll der notwendige Aufenthaltswechsel eines Mündels gegen den Willen der Person, bei der es sich aufhält, vollzogen werden, so hat sein Amtsvormund die – grundsätzlich vorrangige – Herausgabe zu betreiben. Er verlangt von den Verpflichteten die Herausgabe des Mündels. Wird sie ihm verweigert, erwirkt er einen Herausgabebeschluss des Familiengerichts, im Eilfall eine Einstweilige Anordnung. Falls nötig, setzt er die Herausgabe im Wege der Zwangsvollstreckung durch.

4.1 Kooperation bei Zwangsvollstreckung der Herausgabe

Bei der Zwangsvollstreckung erfolgt die Herausgabe des Kindes an den Berechtigten. Deshalb ist die persönliche Anwesenheit des Amtsvormunds zur Übernahme seines Mündels unentbehrlich.

Die Fachkraft des BZ ist bei der Zwangsvollstreckung ebenfalls anwesend; denn sie muss das Gericht bzw. den beauftragten Gerichtsvollzieher dabei unterstützen, soweit der Fall hierfür geeignet ist. Diese Begleitung der Vollstreckung soll der Vermeidung von Gewaltanwendung dienen und eine das Kindeswohl so wenig wie möglich beeinträchtigende Vollstreckung fördern.

Nach erfolgreicher Zwangsvollstreckung bringt der Amtsvormund das herausgegebene Mündel gemeinsam mit der für die Hilfeplanung zuständigen BZ-Fachkraft in die vorgesehene stationäre Einrichtung oder Pflegefamilie.

4.2 Nachrangige Inobhutnahme

Nur bei Gefahr im Verzug, wenn das Mündel im Wege der Herausgabe nicht rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden kann, kommt die Inobhutnahme in Betracht. Dabei ist die zuständige BZ-Fachkraft berechtigt und verpflichtet, das Kind von einer anderen Person wegzunehmen und vorläufig unterzubringen. Die Verständigung der BZ-Fachkraft mit dem Amtsvormund soll stets vor der Inobhutnahme erfolgen.

5. Verfahren zur geschlossenen Unterbringung

Für die freiheitsentziehende Unterbringung gem. §§ 1631b, 1800 und 1915 BGB oder nach dem Unterbringungsgesetz BW ist die familiengerichtliche Genehmigung erforderlich.

Antragsberechtigt sind nur die Sorgerechtsinhaber, bei bestehender Vormundschaft also der Vormund bzw. bei Pflegschaft der Inhaber des Aufenthaltsbestimmungsrechts. Dem BZ obliegt die Suche nach einer geeigneten Einrichtung.

Das BZ ist auch in diesen Verfahren Mitwirkender gem. § 50 SGB VIII.

Der Amtsvormund und das BZ beziehen sich gegenseitig und so früh wie möglich ein, wenn eine geschlossene Unterbringung angedacht wird. Die Dienststelle V/P und das BZ verfolgen das gemeinsame Ziel, zu einer einvernehmlichen Einschätzung und Vorgehensweise zu kommen.

Gelingt das nicht, ist das amtsinterne Dissensverfahren einzuleiten (Klärungsgespräch zu viert – mit beiden Mitarbeitern und Leitungen, falls erforderlich wird zusätzlich die Abteilungsleitung beteiligt).

IV. Kinderschutz

1. Kooperation im Vorfeld einer Amtsvormundschaft

Wenn das Gericht nach Anrufung durch das Jugendamt/BZ nicht die gesamte elterliche Sorge entziehen will, ist folgender „Mindestwirkungsbereich“ in vielen Fällen fachlich sinnvoll und angemessen:

- Aufenthaltsbestimmungsrecht
- Antragsrecht auf soziale Leistungen (schließt HzE-Antrag mit ein)
- Gesundheitsfürsorge
- Recht auf Regelung des Umgangs

Die im Verfahren mitwirkende Fachkraft des BZ weist das Familiengericht auf den für die Pflegschaft erforderlichen Wirkungsbereich hin. Der Vorschlag eines Einzelvormunds/-pflegers obliegt jedoch ausschließlich der Fachkraft des Sachgebiets VV. An diese Dienststelle soll sich das Familiengericht wenden, wenn es um Vorschläge bittet.

Für die Kooperation vor bestehender Amtsvormundschaft gilt folgendes:

- Mitteilungen gemäß § 8a SGB VIII des BZ an das Familiengericht, in denen der Entzug von Teilen der elterlichen Sorge oder der gesamten elterlichen Sorge angeregt wird, werden zeitgleich mit dem Versand an das Familiengericht nachrichtlich der Dienststelle Vormundschaften/Pflegschaften, Sachgebiet VV übermittelt.
- Gibt es aus Sicht der Fachkraft des BZ eine Person - z. B. nach einem Familienrat, die geeignet scheint, die Vormundschaft bzw. Pflegschaft zu übernehmen, teilt sie dies unaufgefordert der Dienststelle VV mit einer entsprechenden Stellungnahme zur Eignung der in Frage kommenden Person mit.
- VV teilt möglichst noch vor dem Anhörungstermin dem BZ mit, ob die Aussicht auf einen Einzelvormund besteht.
- Keinesfalls, weder in der Anrufung des Familiengerichts noch in der Anhörung des Jugendamts, werden von Seiten der Fachkraft des BZ dem Familiengericht

gegenüber Aussagen dazu getroffen, ob das Jugendamt eine geeignete Person vorschlägt oder eine Amtsvormundschaft übernimmt.

- Wird das Jugendamt als Amtsvormund bestellt, benötigt die Dienststelle Vormundschaften/Pflegschaften den Originalbeschluss des Familiengerichts. Das BZ leitet diesen an die Dienststelle Vormundschaften/Pflegschaften weiter, wenn nicht ersichtlich ist, dass er vom Familiengericht direkt dorthin gesandt worden ist.
- Das Empfangsbekenntnis des Gerichtsbeschlusses zur Bestellung eines Amtsvormunds darf ausschließlich von der Dienststelle Vormundschaften/Pflegschaften unterzeichnet und zurückgesandt werden.
- Die Amtsvormundschaft beginnt mit der Bekanntgabe des Beschlusses an das Jugendamt, die Führung der Amtsvormundschaft jedoch erst mit der Übertragung auf die ausgewählte Fachkraft.
- Den Schutzauftrag gem. § 8a SGB VIII hat das BZ - solange noch keine Amtsvormundschaft bestellt ist - im Zusammenwirken mit den Erziehungsberechtigten (in der Regel noch mit den Eltern) allein zu erfüllen.
- Besonders zu beachten ist, dass die Übernahme einer Sorgerechtsvollmacht durch die Dienststelle V/P grundsätzlich ausgeschlossen ist. Auch die Fachkräfte des BZ sind nicht befugt, eine solche Vollmacht zu übernehmen (s. Dienstanweisung der Abteilungsleitungen FJ vom 17.10.2011).
Soweit in der Anhörung vom Familiengericht eine solche Lösung in Erwägung gezogen wird, verweist die Fachkraft des BZ an die Dienststellenleitung 51-00-22 zur weiteren Klärung.

2. Beteiligung des Mündels an der Auswahl des Amtsvormunds

Das BZ stellt nach der Bestellung des Jugendamtes dem Mündel den vorgesehenen Amtsvormund persönlich vor, hört es dazu an und teilt das Ergebnis der Dienststelle 51-00-22 VV mit. Eine ausnahmsweise vor der Übertragung unterbliebene Anhörung ist unverzüglich nachzuholen.

3. Abwendung einer Kindeswohlgefährdung während einer bestellten Amtsvormundschaft

Ergeben sich während einer Amtsvormundschaft erneut Anhaltspunkte für eine mögliche Kindeswohlgefährdung, ist sowohl die Fachkraft des BZ als auch der Amtsvormund der Sicherung des Kindeswohls verpflichtet.

Werden zuerst dem Vormund gewichtige Anhaltspunkte für eine (erneute) Gefährdung bekannt, muss er die zuständige BZ-Fachkraft informieren und mit ihr beraten, wie dem zu begegnen ist.

Das verbindliche Verfahren des Jugendamtes zur Sicherung des Kinderschutzes ist auch im Fall einer bestehenden Vormundschaft anzuwenden. Verantwortlich für dieses Verfahren bleibt die Fachkraft des BZ.

Sollte eine Einigung zwischen der Fachkraft des BZ und dem Amtsvormund hinsichtlich der Kindeswohlgefährdung nicht möglich sein, ist unverzüglich das amtsinterne Dissensverfahren einzuleiten (Klärungsgespräch zu viert – mit beiden Mitarbeitern und Leitungen, falls erforderlich wird zusätzlich die Abteilungsleitung beteiligt).

Bei akuter Gefahr für das Mündel hat jeder in eigener Verantwortung sofort zur Sicherheit des Kindes zu handeln.

4. Abwendung einer Kindeswohlgefährdung während einer gesetzlichen Amtsvormundschaft oder einer bestellten Amtspflegschaft

Die Vereinbarung bei "bestellter Vormundschaft" (s. vorangegangenes Kapitel) gilt analog. Zudem sind folgende Besonderheiten zu beachten.

Bei der gesetzlichen Amtsvormundschaft ruht die elterliche Sorge der Kindesmutter aufgrund ihrer Minderjährigkeit (§ 1673 Abs.2, S.1 BGB). Kraft Gesetzes tritt die Amtsvormundschaft des Jugendamts ein, sofern nicht vor Geburt des Kindes eine andere Person zum Vormund bestellt wurde.

Der Mutter des Kindes steht jedoch neben dem gesetzlichen Vertreter (Amtsvormund) die Personennebensorge bzw. tatsächliche Personensorge zu. Dies bedeutet, die Partizipation der Mutter an allen Entscheidungen im Bereich der tatsächlichen Sorge (z.B. auch darüber, wer den Umgang mit dem Kind haben soll/darf) ist unentbehrlich. Bei Meinungsverschiedenheiten mit dem Amtsvormund geht die Meinung der Mutter vor (§ 1673 Abs.2 S.3 BGB).

Sie kann das Kind jedoch nicht rechtlich (nach außen) vertreten; dies kann nur der Amtsvormund (z.B. Antrag auf HZE).

Bei gesetzlicher Amtsvormundschaft ist neben dem Amtsvormund auch die Mutter in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen, wenn dadurch nicht der Schutz des Kindes vereitelt wird.

Bei Pflegschaften sind als Erziehungsberechtigte sowohl der Amtspfleger als auch die Eltern im Rahmen ihrer jeweiligen Bestimmungsrechte zu beteiligen, wenn dadurch nicht der Schutz des Kindes vereitelt wird.

Wenn die sorgerechtlichen Befugnisse des gesetzlichen Amtsvormunds oder des Amtspflegers nicht ausreichen, um die notwendigen Entscheidungen zur Abwendung der Gefährdung zu gewährleisten, muss das Familiengericht angerufen werden. Grundsätzlich können der Amtsvormund bzw. der Amtspfleger sowie die Fachkraft des BZ das Familiengericht anrufen. Sind sie sich über eine Anrufung einig, so soll diese stets durch die Fachkraft des BZ erfolgen.

V. Dienstanweisung

Diese Kooperationsvereinbarung tritt ab 1. März 2014 in Kraft.

Die Regelung über die „Zusammenarbeit der Arbeitsfelder Beistandschaften, Pflegschaften, Vormundschaften (BPV) und Allgemeiner Sozialdienst/ Beratungszentren (ASD/BZ)“ vom September 2005 wird durch die vorstehende Vereinbarung aufgehoben.

Nach ein bis zwei Jahren Erfahrung soll die Vereinbarung ausgewertet werden. Die Fragestellungen der Evaluation werden von den Abteilungsleitungen 51-FJ-1 und 51-FJ-2 vereinbart.

Stuttgart im März 2014

Bruno Pfeifle

